

Der Petent beehrte mit seiner Eingabe eine umfassende Bürgerbefragung zur Mittelrheinbrücke zur Erforschung des „wirklichen Willens“ der Beteiligten einschließlich Fragen der Finanzierung.

Die Ermittlungen hatten ergeben, dass sich nach Auskunft des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung die von dem Petenten gewünschte förmliche Bürgerbeteiligung vor dem Hintergrund der diesbezüglichen Festlegungen im Koalitionsvertrag erübrigt hat, da das Vorhaben von der Landesregierung nicht weiterverfolgt wird.

Nach den vom Ministerium getroffenen Feststellungen hatte die im Rahmen der Erstellung des Masterplans Welterbe Oberes Mittelrheintal erfolgte Bürgerbeteiligung informellen Charakter und nicht den Anspruch, Einzelfragen im Sinne einer Bürgerbefragung zu klären. Hinsichtlich der vom Petenten angesprochenen Fragen zur Finanzierung weist das Ministerium darauf hin, dass weder Bund noch Land eine Finanzierung in Aussicht gestellt haben.

Der Petitionsausschuss des Landtags Rheinland-Pfalz hat in seiner nicht-öffentlichen Sitzung am 26.02.2013 festgestellt, dass dem in der Eingabe vorgebrachten Anliegen nicht abgeholfen werden kann.